



Wirtschaft aktuell 05/2005

Konjunkturpolitisch irrelevant:

Die 20 neuen Agenda-2010-Vorschläge des Kanzlers vom 17. März 2005 sind für die Beschäftigung unbedeutend

Die neuen Vorschläge des Kanzlers sind für die Beschäftigung irrelevant. Jobs in einem nennenswerten Umfang entstehen dadurch nicht. In dieser Frage sind sich viele Ökonomen einig, und das ist auch das zentrale Ergebnis der Bewertung durch die IG Metall.

Die Bundesregierung setzt immer noch auf neoklassische, angebotspolitische Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen soll gestärkt werden, indem die Unternehmensteuern weiter gesenkt und bürokratische Hemmnisse abgebaut werden. Das ist der Kern der vorgeschlagenen Maßnahmen. Das eigentliche Problem, die schwache Binnennachfrage geht Bundeskanzler Schröder nur sehr zaghaft an. Gerade mal 2 Milliarden Euro - verteilt auf vier Jahre - sollen für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur mobilisiert werden. Und der Vorschlag, bis 2010 rund 10 Milliarden Euro in Bildung, Forschung und Entwicklung zu investieren ist eine Mogelpackung. Pro Jahr stehen allenfalls 2 Milliarden Euro dafür zur Verfügung. Dafür soll die Eigenheimzulage wegfallen, aber auch entsprechende Bauinvestitionen.

Zu wenig Substanz, sagt die IG Metall dazu. Wir fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Bildung, Forschung, Entwicklung und öffentliche Infrastruktur. Dazu müssen jährlich 20 Milliarden Euro mehr investiert werden. Das bringt auf Dauer 500.000 neue Arbeitsplätze und erneuert unsere öffentliche Infrastruktur. Dafür brauchen wir mehr Geld. Die Unternehmensteuern zu senken ist nicht nur verteilungspolitisch ungerecht.

	Was will die Bundesregierung?	Was sagt die IG Metall dazu?
I. Stärkung der Wettbewerbskräfte		
1	Körperschaftsteuer von 25 auf 19 Prozent absenken (Steuerausfälle: rund 3 Milliarden Euro). <u>Gegenfinanzierung</u> Aktionäre im Rahmen des Halbeinkünfteverfahren höher besteuern, Mindestgewinnbesteuerung moderat anheben Subventionen bei Steuersparmodellen durch Beschränkung der Verlustverrechnung für Fonds abbauen	Irrelevant für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dass niedrigere Unternehmensteuern keine Arbeitsplätze bringen hat die Vergangenheit bewiesen. Investitionen scheitern nicht an der mangelnden Finanzkraft der Unternehmen. Die Unternehmensteuern zu senken ist verteilungspolitisch ungerecht und angesichts der knappen Haushaltskassen das falsche Signal. Wir brauchen mehr Steuereinnahmen, zum Beispiel für öffentliche Investitionen. Deutsche Kapitalunternehmen werden effektiv so wieso sehr niedrig besteuert: KSt in Deutschland: 0,6 % vom BIP, Vergleich: KSt in EU 25: 2,4 % vom BIP
2	Anrechnungsfaktor der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer von 1,8 auf 2 erhöhen. Hierdurch werden mittelständische Personenunternehmen um rund 500 Millionen Euro entlastet.	Irrelevant für die Schaffung von Arbeitsplätzen.
3	Bundesländer bei der steuerlichen Erleichterung des Betriebsübergangs im Erbschaftsfall bei kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen.	Wirtschaftliche Härten sollten durch langfristige Stundungsregelungen überbrückt werden.
4	Innovationsprogramm für den Mittelstand: Die Mittelstandsbank des Bundes wird innovativen Mittelständlern im Rahmen des ERP-Innovationsprogramms Kredite 2 Prozent unter dem Marktzins anbieten.	Ohne Nachfrage keine Investitionen , allenfalls Mitnahmeeffekte. Sinnvolle angebotspolitische Maßnahme, wenn Zinsverbilligungen mit einem wirkungsvollen Investitionsprogramm der Bundesregierung verbunden würden.





	Was will die Bundesregierung?	Was sagt die IG Metall dazu?
II. Stärkung der Investitionskräfte		
5	Bürokratieabbau: Ziel: One-Stop-Shops für Existenzgründer Abschaffung von rund 300 überflüssigen Gesetzen und Rechtsverordnungen Novelle des GmbH-Gesetzes zur substanziellen Absenkung des für die Gründung notwendigen Mindestkapitals sowie Einführung eines elektronischen Handelsregisters zum 1. Januar 2007	Sinnvolle Vorschläge, allerdings ohne nennenswerte beschäftigungspolitische Bedeutung
6	Auf 4 Jahre angelegtes 2 Milliarden Euro-Verkehrsprogramm für mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur .	Sinnvoller Vorschlag. Da sich Investitionsvolumen auf 4 Jahre verteilt, ist die Beschäftigungswirkung minimal .
7	Mit Hilfe von Public-Private-Partnership-Projekten ein Investitionspotenzial in Milliardenhöhe realisieren. Schnellere Umsetzung von Verkehrsprojekten zusammen mit der Wirtschaft zum Beispiel A 1 oder A 4 in NRW oder A 4 in Thüringen möglich.	Kaum Beschäftigungswirkung . Ausstieg aus öffentlicher Finanzierung der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge ist abzulehnen. Mautsysteme belasten Nutzer (indirekte Besteuerung. Indirekte Kreditaufnahme bei Leasinggeschäften mit der öffentlichen Hand.
8	Planvereinfachungsgesetz zur schnellen Realisierung von Investitionen in Verkehrs- und Stromnetze.	Sinnvoll, wenn ökologische Standards nicht ausgehöhlt werden, allerdings ohne dauerhafte Beschäftigungswirkung
9	Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes , das Rechtssicherheit für Energieversorger bringt, die bis 2010 bis zu 20 Milliarden Euro investieren wollen.	Positiv : Investitionsstau wird beschäftigungswirksam aufgelöst. Wichtig: Voraussetzung ist, dass Emissionsminderungen erzielt werden.
10	Einigung der Koalition über das Gentechnikgesetz II . Klarer Rechtsrahmen und faire Haftungsregeln schaffen Planungssicherheit für eine Zukunftsbranche.	Zweifelhafte Beschäftigungswirkung , da die Bedeutung der Branche überschätzt wird. Risiken bei ökologischer Nachhaltigkeit
11	CO2-Gebäudesanierungsprogramms bis 2007 auf dem bisherigen Niveau verlängern, das heißt insgesamt 720 Millionen Euro, die nach bisherigen Erfahrungswerten Investitionen von bis zu 5 Milliarden Euro auslösen werden.	Positiv : beschäftigungsintensive Investitionen werden gefördert, Werbemaßnahmen notwendig, KMU Unternehmen profitieren.
III. Kräfte des Arbeitsmarktes für mehr Beschäftigung stärken:		
12	Hinzuverdienstmöglichkeiten von Langzeitarbeitslosen verbessern . Erneuerung unseres ursprünglichen Vorschlages im Rahmen von Hartz IV.	Positiv für die materielle Situation der Langzeitarbeitslosen, Beschäftigungswirkung eher negativ
13	Vermittlungsaktivitäten bei allen unter 25jährigen verstärken, die Probleme am Arbeitsmarkt haben, und nicht nur für diejenigen, die aus der Grundsicherung kommen.	Positiv , aber geringe Beschäftigungswirkung
14	Ausbildungsverbünde fördern , zusammen mit den Kammern in Ostdeutschland. Derzeit noch Überschuss an Bewerbern, der durch Abwanderung und demographischen Wandel bald in Fachkräftemangel umschlagen wird.	Positiv , aber geringe Beschäftigungswirkung
15	Konsequente Förderung Älterer durch die Anwendung des umfangreichen Instrumentariums, das wir mit unseren Arbeitsmarktreformen geschaffen haben. Zusätzlich Abschluss von bis zu 50 regionalen Beschäftigungspakten durch Bereitstellung von bis zu 250 Millionen Euro.	Positiv , aber kaum Beschäftigungswirkung
16	Befristete Beschäftigung erleichtern durch Aufhebung des absoluten Verbots der Vorbeschäftigung und Einführung einer Beschränkung auf 2 Jahre zur Vermeidung von Kettenverträgen.	Zweifelhafte Beschäftigungswirkung . Abzulehnen, fördert prekäre Beschäftigung
17	Dienstleistungsmissbrauchs entschlossen bekämpfen , unter anderem bei Fleischverarbeitung, durch Einrichtung einer Task Force "Missbrauchsbekämpfung"	Positiv , aber geringe Beschäftigungswirkung
IV. Investitionen in die Zukunft stärken:		
18	Eigenheimzulage abschaffen für mehr Investitionen in Bildung und Forschung , um insbesondere den Pakt für Forschung und den Wettbewerb der Spitzenuniversitäten umzusetzen.	10 Milliarden Euro für Bildung, Forschung und Entwicklung, und das über einen Zeitraum von 5 Jahren ist zu wenig und wird sich kaum in mehr Beschäftigung zeigen.
19	Umfassende Reform der Pflegeversicherung	Keine unmittelbare Beschäftigungswirkung.
20	Neue Anstrengung in der Föderalismusreform .	Keine unmittelbare Beschäftigungswirkung.

